Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

mit Loschwitzer Anzeiger

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Fernsprech-Anschluß: Amt Dresden Nr. 31307
Tel.-Adr.: Elbgaupresse Blasewitz

Bank-Konto: Stadtbank Dresden, Girokasse Blasewitz Nr. 636
Postscheck-Konto: Nr. 517 Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgau-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drechsel, für den übrigen Inhalt Eugen Werner, beide in Dresden.

Erscheint täglich mit den Beilagen: Kind. Freuden- und Kurtzfa, Leben im Bild, Agrar-Warte, Radio-Zeitung, Briefkasten, Kind aller und neuer Zeit, Motor-Zeitung, Schnittmusterbogen. Der Bezugspreis beträgt frei ins Haus monatl. M. 1.80, durch die Post ohne Zustellgebühr monatl. M. 2.—. Für Fälle höh. Gewalt, Streik usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung bzw. Nachlieferung der Zeitung od. Rückzahl. d. Bezugspreis. Druck: Clemens Lamprecht Nachf., Dresden-Pieschen. Bei unverl. eingesandt. Manuskripten ist Rückporto beizufügen. Für Anzeigen, welche durch Anzeigenexpedit. werden, übern. wir keine Verantwort. bez. der Richtigkeit nicht übernehm.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Tolkewitzer Str. 4
87. Jahrgang

Anzeigen werden die 5gespaltene Petit-Zeile mit 20 Goldpfennigen berechnet, Reklamen die 4 gespaltene Zeile mit 60 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Platzvorschriften und schwierigen Sätzen werden mit 50 % Aufschlag berechnet. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telephonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Insertionsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeilenpreis in Rechnung gebracht. Rabattanspruch erlischt: b. verspät. Zahlung, Klage od. Konkurs b. Auftraggeber d.

281 — Freitag, den 4. Dezember — 1925

Das Ende der spanischen Militärdiktatur

Ein Stresemann-Besuch in Paris? – Schwache Kammermehrheit für Briand – Die Reichsbahn baut vor: Höhere Löhne, höhere Tarife – Damaskus erneut in Gefahr

Die Heimkehr

Die deutsche Delegation in London hat am Donnerstag die Rückreise nach Deutschland angetreten. Am Freitag nachmittag wird sie in Berlin erwartet. Das Kabinett wird, wie schon früher mitgeteilt, am Sonnabend seine Demission einreichen. Die in der Presse genannten früheren Termine sind unzutreffend.

Stresemanns Pariser Reise

Wie wir erfahren, sind die Ankündigungen französischer Blätter über eine bevorstehende Reise des deutschen Außenministers Dr. Stresemann zum Zwecke der Fortführung der Besprechungen mit Briand vorläufig noch verfrüht. Nach unseren Informationen kann eine solche Reise erst nach der Neubildung der deutschen Reichsregierung in Betracht gezogen werden, und es ist sehr wohl möglich, daß derartige Erwägungen schon jetzt in den Kreisen der leitenden Staatsmänner im Gange sind. Allerdings könnte es sich dabei lediglich um eine Fortführung der privaten Besprechungen handeln, die in London zwischen Stresemann und Briand geführt wurden und die in Anbetracht der frühzeitigen Abreise Briands nach Paris abgebrochen werden mußten.

Um Luthers Nachfolge

Mit der Rückkehr der leitenden Staatsmänner aus London wird das gegenwärtige Rumpfkabinett Luther seinen Rücktritt beschließen, um den Weg für die Neubildung der Reichsregierung freizumachen. Reichspräsident von Hindenburg wird also nach halbjährlicher Amtszeit zum ersten Male der Notwendigkeit ausgesetzt, in die Wirrnisse des parlamentarischen Lebens einzugreifen und seinen ganzen persönlichen Einfluß dafür einzusetzen, daß eine arbeitsfähige Regierung gebildet wird, die imstande ist, mit der Hilfe einer tragbaren Mehrheit die großen politischen Aufgaben zu lösen, die durch das Inkrafttreten des Locarno-Vertrages entstanden sind.

In parlamentarischen Kreisen erwartet man mit aller Bestimmtheit, daß der Reichspräsident von Hindenburg den

Reichskanzler Dr. Luther zunächst mit der Neubildung des Kabinetts beauftragen

wird. Die Wiederkehr eines Kabinetts Luther würde auf jeden Fall bedeuten, daß die neue Regierung dieselbe Außenpolitik treiben wird, die sie in den letzten Monaten eingeleitet hat. Die Rückkehr Dr. Luthers wird namentlich von der Deutschen Volkspartei gewünscht, die damit das Ziel verfolgt, die Fäden der Zusammenarbeit mit den Deutschnationalen in der Hand zu behalten, die durch die Bildung einer linksorientierten Reichsregierung zerreißen würden.

Die Wiederkehr einer Regierung Luther wird jedenfalls nicht ohne ernste parlamentarische Schwierigkeiten erreicht werden können,

denn die durch den Austritt der Deutschnationalen aus der Regierung und durch die Ablehnung der Locarno-Verträge durch die deutschnationale Reichstagsfraktion geschaffene parlamentarische Situation steht in einem gewissen Widerspruch zu der Konstellation, die sich bei der Abstimmung über die Locarno-Verträge im Reichstag ergeben hatte. Die Deutschnationalen hatten damals ein Mißtrauensvotum gegen das Kabinett Luther eingebracht, so daß gar nicht daran zu denken wäre, daß sie demselben Kabinett jetzt ihr Vertrauen schenken werden. Auf der anderen Seite will die Sozialdemokratie nichts dazu tun, um die Verlegenheit der Regierungs-Parteien zu erleichtern, sondern die sozialdemokratischen Führer wollen nach wie vor gegen ein Kabinett Luther Opposition treiben. Allem Anschein nach handelt es sich bei den jetzigen Erwägungen lediglich um Fragen der parlamentarischen Taktik, die bekanntlich im Deutschen Reichstag neuerdings eine sehr große Rolle spielen. Immerhin ist diese Taktik so kompliziert, daß mit einer längeren Dauer der Regierungskrise gerechnet werden muß. Deshalb hält man es in den parlamentarischen Kreisen für schwer denkbar, daß das neue Kabinett noch vor Ablauf dieses Jahres zustande gebracht werden kann.

Der Diktator als Ministerpräsident

Die oft angekündigte Umbildung der spanischen Regierung ist vollzogen. In einem Brief des Königs an Primo de Rivera sprach der Monarch den Wunsch aus, daß man bald zu dem normalen Zustand zurückkehre. Primo de Rivera erklärte den Journalisten, die neue Regierung brauche andere Personen, aber keine anderen Ideen. Von einer Krise könne nicht gesprochen werden. Er habe dem König seine Demission eingereicht, worauf der Monarch ihn selbst mit der Bildung des Ministeriums beauftragt habe. In einer langen Erklärung entwickelte Primo de Rivera das Programm der neuen Regierung, namentlich den Plan einer Kapitalsteuer, durch die das Defizit beseitigt werden soll. Den Vorsitz in der neuen Regierung führt Primo de Rivera. Außer ihm, dem Innenminister und dem Kriegsminister sind die Mitglieder der neuen Regierung Zivilisten. Die liberalen Morgenblätter sagen, daß die spanische Demokratie der neuen Regierung Vertrauen schenke, vorausgesetzt, daß bald der konstitutionelle normale Zustand wieder hergestellt werde. Bis dahin könne man nur von einem Uebergang sprechen. Die Regierungserklärung über die Politik erfolgt morgen. Der König dankte der Armee und der Flotte für die Unterstützung, die sie dem Direktorium geleistet habe.

Die Absichten der Regierung

Havas meldet aus Madrid: General Primo de Rivera erklärte: Auch für das neue Kabinett ist die Verfassung unantastbar. Der Grundsatz, daß Militärpersonen sich jeder politischen Betätigung zu enthalten haben, wird durch ein Dekret unverzüglich wieder in Kraft gesetzt werden. Die von Militärpersonen besetzten Posten der Zivilgouverneure werden alsbald Zivilpersonen übergeben werden. Eine Stellvertretung des Ministerpräsidenten wird geschaffen werden. Versammlungs- und Pressefreiheit unterliegen wieder den gleichen Beschränkungen wie zur Zeit des Direktoriums.

*

General Primo de Rivera hat lange mit der Verwirklichung seines oft gegebenen Versprechens gezaudert, die Militärdiktatur durch eine parlamentarisch verantwortliche Regierung zu ersetzen. Nun hält er, wie es scheint, mehr durch die innere Lage gezwungen, als aus freiem Entschluß, und nicht ohne Nachhilfe seitens des Königs, die Zeit für gekommen, die Rückkehr zu normalen Verhältnissen wenigstens stufenweise einzuleiten. Was bisher über die Umbildung der Regierung bekannt geworden ist, dürfte denjenigen recht geben, die angekündigt haben, man werde zunächst nicht viel mehr als die „Militärdiktatur in Zivil" erhalten. Ueber die Hauptfrage, ob die Umbildung der Regierung auch den Uebergang zu konstitutionellen Verhältnissen, das heißt die Wiederherstellung der durch den Militärputsch vor zwei Jahren beseitigten Verfassung, bedeuten und diese durch Parlamentswahlen besiegelt werden solle, herrscht vorläufig völliges Dunkel. Erst wenn in diesem Punkte Klarheit herrscht und über die Verantwortlichkeiten des neuen Kabinetts Primo de Rivera Bestimmtes feststeht, wird man sagen können, daß nicht nur die Regierung, sondern auch das politische System umgebildet worden ist.

Geßler amtsmüde

Wie der Reichsdienst der deutschen Presse meldet, soll Reichswehrminister Dr. Geßler dem Reichspräsidenten einen Besuch abgestattet haben, bei welcher Gelegenheit er erklärt haben soll, daß er es für richtiger hielte, in einem neuen Kabinett nicht mehr mit seinem bisherigen Amte betraut zu werden.

Dr. Haas Reichswehrminister?

Es verlautet, daß die demokratische Reichstagsfraktion im Falle ihres Wiedereintritts in die Reichsregierung die Absetzung des Reichswehrministers Dr. Geßler durchsetzen wolle. An seiner Stelle solle der demokratische Abgeordnete Dr. Haas Reichswehrminister werden.

Annahme des französischen Finanzprogramms

Um 12 Uhr mittags war die Debatte über die Finanzvorlage in der Kammer beendet. Bei der entscheidenden Abstimmung über den Artikel 4, der die Inflation vorsieht, erhielt die Regierung

eine Mehrheit von sechs Stimmen.

Allgemein war man überzeugt, daß Briand, der schon bei früheren Gelegenheiten eine größere Mehrheit erzielt hatte und doch demissionierte, dies auch diesmal tun werde. Aber knapp vor der Abstimmung über das gesamte Projekt erhob sich der Ministerpräsident um 11 Uhr vormittags und erklärte, daß er diesmal am Ruder bleiben wolle, und selbst wenn er nur eine Stimme Mehrheit erhalten würde. Das Land befinde sich in einer sehr schweren und gefährlichen Krise, daß man diese nicht noch durch einen Regierungswechsel verschärfen dürfe. Er hielt mit der Feststellung nicht zurück, daß die Situation so schlimm geworden sei, daß außerordentliche Mittel angewendet werden müßten, um die Finanzkrise zu beheben. Der Ministerpräsident versprach, daß Anfang nächster Woche ein großes Projekt vorgelegt werden solle. Seine Worte machten sichtlich Eindruck und führten dazu, daß in der Schlußabstimmung die Mehrheit der Regierung von sechs auf achtundzwanzig Stimmen anwuchs.

Die Gesamtvorlage wurde mit 257 gegen 229 Stimmen angenommen.

Allerdings ist nicht zu übersehen, daß rund 150 Abgeordnete sich der Stimme enthielten, so daß also die Mehrheit der Regierung auf äußerst schwachen Füßen steht.

Wer führt den Vertrag aus?

Nachdem der Locarnovertrag von einer großen Mehrheit des Reichstages angenommen und vom Reichspräsidenten v. Hindenburg unterzeichnet worden ist, muß die Frage aufgeworfen werden, wer soll ihn ausführen. Die Antwort muß lauten, daß diejenigen Parteien, welche für den Vertrag gestimmt haben, mit ihrer Abstimmung die Verpflichtung übernommen haben, für seine Durchführung desselben Sorge zu tragen. Hierzu gehört, daß eben diese Parteien die entsprechende Regierung bilden, und diese kann nur große Koalition heißen. Man sollte meinen, daß jede der beteiligten Parteien aus der Entwicklung der Dinge diese notwendige und logische Schlußfolgerung ziehen würde. Leider ist dem bis jetzt nicht so, denn sowohl die Deutsche Volkspartei als auch die Sozialdemokratie haben sich noch nicht dazu durchringen können, wie es Zentrum und Demokraten getan haben, den logischen Schluß aus ihrer Stellung zum Locarnovertrage zu ziehen. Ja, die Sozialdemokraten sind so weit gegangen, aus innerpolitischen Gründen ihre Zustimmung zum Locarnovertrage von dem Rücktritte Luthers abhängig zu machen. Hier tritt wieder der verhängnisvolle Fehler zutage, der seit dem Zusammenbruch andauernd wiederkehrt, die Außenpolitik mit der Innenpolitik zu vermengen oder gar jene von dieser abhängig zu machen. Man wird unseren Mitkontrahenten des Locarnovertrages schwer begreiflich machen können, daß die deutschen Minister, deren Vertragswerke die große Mehrheit des Reichstages gebilligt hat, in dem Augenblick, in dem der Vertrag unterzeichnet ist, von ihren Aemtern zurücktreten müßten. Hierin liegt ein Mangel an politischer Logik, der nur in Deutschland möglich und um so unbegreiflicher ist, als das Vertragswerk von Locarno auf der Linie der Außenpolitik liegt, welche die Sozialdemokratie immer vertreten hat. Die Sozialdemokratie sollte endlich einsehen lernen, daß man auf diese Weise das Vertrauen zu unserer Außenpolitik im Auslande nicht fördert. Denn das Gegebene wäre, daß man die Männer an der Arbeit läßt, welche seinerzeit auf Grund des Dawesplanes den Londoner Vertrag abgeschlossen und jetzt den Locarnovertrag zustande gebracht haben. Sie, die die Fäden aller Verhandlungen mit den ausländischen Staatsmännern in den Händen halten, müssen in die neue Regierung hinein, denn nur so kann auf der Gegenseite das nötige Vertrauen die richtige Ausführung der Verträge erhalten und diese in dem Geiste für das deutsche Volk gewährleistet werden, in welchem sie getätigt werden.

Dazu kommt noch die weitere wichtige Frage: „Haben wir denn in unserem neuen Staatswesen schon so viel geschulte, erfahrene Staatsmänner, daß wir uns in unserer schwierigen politischen und äußerst ernsten wirtschaftlichen Lage einen solchen Raubbau gestatten können?" Diese Frage muß mit aller Entschiedenheit verneint und immer und immer wieder betont werden, daß für das deutsche Volk die wichtigste Forderung ist, die Innen- und Parteipolitik endlich der Außenpolitik unterzuordnen. Es kann in dieser Beziehung nicht oft genug auf das Beispiel Englands verwiesen werden.

Für die kommende Entscheidung über die Neubildung einer Regierung muß die Tatsache ins Auge gefaßt werden, daß in Anbetracht der tiefgehenden wirtschaftlichen Kri-

SLUB
Wir führen Wissen.